

der Gesellschaft tabu sei, bleibe es auch in der Politik unberücksichtigt. Einer psychisch erkrankten Person zu helfen, könne schwierig sein, wenn man keine Erfahrung habe. Deshalb brauche es mehr Fachpersonen und präventive Angebote. Seine Initiative «Für eine psychisch gesunde Jugend» fordert unter anderem die Aufnahme zu einer Behandlung innerhalb von vier Wochen.

Es ist ein seltener Fall: Stimmt der Kantonsrat am Montag der Initiative zu, könnte die Regierung diese ohne Volksabstimmung umsetzen. Aus dem Parlament ist kein Widerspruch zu erwarten. Die Gesundheitskommission befürwortet die Initiative einstimmig.

Weil es für die Umsetzung keine Gesetzesänderung brauche, sei die Gesundheitskommission zuerst etwas überfordert gewesen, sagt der 22-jährige Hauptinitiant Benedikt Schmid und lacht verschmitzt, wie so oft, wenn man mit ihm spricht.

9000 Unterschriften sind für die Initiative zusammengekommen. Nötig wären 6000 gewesen. Tausend hat Schmid selbst gesammelt. «Wenn ich von einer Idee begeistert bin, kann ich andere schnell mit meiner Begeisterung anstecken», sagt er von sich selbst. Der Erfolg der Initiative lässt das vermuten, doch was treibt Benedikt Schmid an?

## **Das gesamte Umfeld rekrutiert**

An einem Balkon eines gelben Hauses, gleich neben den Gleisen des Bahnhofs Thalwil, sind noch immer Wahlplakate für die Nationalratswahlen angebracht. Sie werben für die Mitte-Politiker Philipp Kutter und Benedikt Schmid, der in dieser Wohnung lebt.

Benedikt Schmid ist vom Listenplatz 15 aus gestartet – ein schwieriges Unterfangen. Neun Plätze ist er zurückgefallen. Doch in Rüschlikon, wo er mit den Eltern und den vier Geschwistern aufgewachsen ist, hat er nach Philipp Kutter am meisten Stimmen erhalten.

In Schmid's Umfeld war früher kaum jemand politisch aktiv. Politik war nichts, was am familiären Abendtisch besprochen wurde.

Mittlerweile hat Schmid sämtliche Familienmitglieder, Gymi-Kollegen und Fussballfreunde für die Mitte-Partei rekrutiert. Alle, die volljährig sind, wurden dazu verpflichtet, sich für die Wahlen auf ihre Listen setzen zu lassen. Diese umtriebige Politisierung hat auch praktische Gründe.